

Stadt Braunschweig

Die Bezirksbürgermeisterin im
Stadtbezirk 310
Westliches Ringgebiet

Protokoll

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 310

Sitzung: Dienstag, 26.08.2025

Ort: AWO-Begegnungsstätte, Frankfurter Straße 18, 38122 Braunschweig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:47 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Sewella - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Cornelia Winter - SPD

Herr Henning Glaser - CDU

Herr Stefan Hillger - SPD

Frau Ursula Weisser-Roelle - Gruppe Die LINKE. / Die PAR-
TEI /

BIBS

Frau Gudrun Beckner - B90/GRÜNE

Herr Michael Föllner - FDP

ab TOP 6

Frau Edith Grumbach-Raasch - B90/GRÜNE

Herr Michael Johannes - SPD

Frau Vicky Köhler - CDU

Herr Andreas Paruszewski - SPD

Herr Peter Rau - B90/GRÜNE

Verwaltung

Frau Carolin Niemann – FB 66

zu TOPs 6 und 10

Herr Marius Beddig – Ref. 0103

Abwesend

Mitglieder

Herr Marcel Richter - B90/GRÜNE

Herr Jan Michael Fricke - B90/GRÜNE .
 Frau Heike Otto - CDU .
 Frau Sarah Ringleb - Gruppe Die LINKE. / Die PARTEI / BIBS .
 Herr Gunnar Scherf - AfD .
 Herr Michael Winter - Gruppe Die LINKE. / Die PARTEI / BIBS .

weitere Mitglieder

Frau Cristina Antonelli-Ngameni - B90/GRÜNE .
 Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS .
 Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE .
 Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE .
 Herr Sven-Markus Knurr - parteilos .
 Frau Heidemarie Mundlos - CDU .
 Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS .
 Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS .
 Frau Anke Schneider - Die FRAKTION. BS .
 Herr Bastian Swalve - SPD .

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung des Sitzverlustes von Herrn Jan Michael Fricke gemäß § 52 i. V. m. § 91 Abs. 4 Satz 1 NKomVG
- 3 Pflichtenbelehrung und Verpflichtung der Ersatzperson Frau Hanna Leister gemäß §§ 43 und 91 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.06.2025
- 5 Mitteilungen
 - 5.1 Bezirksbürgermeister/in
 - 5.2 Verwaltung
 - 5.2.1 Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) 2025 25-26178
 - 5.2.2 Besondere Bäume zur Ausweisung als Naturdenkmal 25-26182
 - 5.2.3 Eröffnung des neugestalteten Spiel- und Jugendplatzes Hohestieg/Martinifriedhof 25-26371

5.2.4	Bauliche Entwicklung im Bereich Neustadtring/Hermannstraße - aktueller Sachstand	25-25933
6	Öffentliches Fahrradverleihsystem VELOLEO	
6.1	Sachstandsbericht zum öffentlichen Fahrradverleihsystem VELOLEO	25-26111
7	Situation rund um das Hospiz	
8	Städtebauliche Vorhaben Eichthalstraße/Gartenkamp	
9	Anträge	
9.1	Grünanlage Görgesstraße zwischen Goslarscher Straße und Alerdsweg; Einrichtung einer Boule-Anlage Antrag der CDU-Fraktion	25-26109
9.2	Mehr Fahrradfreundlichkeit: 100 neue Abstellplätze auf dem Messegelände Antrag der Fraktion B90/Grüne	25-26258
9.3	Faire Parkraumnutzung für Anwohnerinnen und Anwohner im Bereich Broitzemer Straße / Sophienstraße Antrag der Fraktion B90/Grüne	25-26256
9.4	Errichtung einer Ampelanlage Spinnerstraße / Neustadtring Antrag der SPD-Fraktion	25-26307
10	Ausbau Eichthalstraße Ost	23-21086-01
11	Ideenplattform: Teilentsiegung der Chemnitzstraße	25-26152
12	Verwendung von bezirklichen Haushaltsmitteln	
13	Weitere Anträge	
13.1	Barrierefreie und sichere Sicht - Schutz des Überwegs Juliusstraße 2 Antrag der Fraktion B90/Grüne	25-26257
13.2	Benennung einer Straße / eines Platzes nach Frau Margot Friedländer Antrag der Fraktion B90/Grüne	25-26268
14	Anfragen	
14.1	Grünflächenpflege und Wildkrautentfernung im Westlichen Ringgebiet Anfrage der SPD-Fraktion	25-26306
14.2	E-Scooterstellfläche Neustadtring	25-26121

Anfrage der CDU-Fraktion

14.2.1	E-Scooterstellfläche Neustadtring	25-26121-01
14.3	Umwandlung von Mietwohnungen und Wohnsituation im Westlichen Ringgebiet Anfrage der SPD-Fraktion	25-26308
14.4	Grünanlage Amalienplatz; Erweiterung der Parkverbotszone Anfrage der CDU-Fraktion	25-26122
14.4.1	Grünanlage Amalienplatz; Erweiterung der Parkverbotszone	25-26122-01
14.5	Entfernter Baum vor der Gabelsberger Straße 23 Anfrage der SPD-Fraktion	25-26309
14.6	Veloroute West Anfrage der CDU-Fraktion	25-25567
14.6.1	Veloroute West	25-25567-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner statt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10 "Ausbau Eichtalstraße Ost" hinter TOP 6 zu behandeln.

Zudem wird vorgeschlagen, TOP 9.1 unter dem TOP "Verwendung von bezirklichen Haushaltsmitteln" zu beraten.

Sie lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen:

12 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

2. Feststellung des Sitzverlustes von Herrn Jan Michael Fricke gemäß § 52 i. V. m. § 91 Abs. 4 Satz 1 NKomVG

Frau Sewella weist darauf hin, dass Herr Jan Michael Fricke aus dem Stadtbezirk Westliches Ringgebiet verzogen ist und lässt über die Feststellung des Sitzverlustes abstimmen.

Beschluss (Feststellung gem. § 52 i.V.m. § 91 Abs. 4 Satz 1 NKomVG):

Der Stadtbezirksrat stellt fest, dass die Voraussetzungen für den Sitzverlust von Herrn Jan Michael Fricke vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

12 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

3. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung der Ersatzperson Frau Hanna Leister gemäß §§ 43 und 91 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella verweist auf die §§ 40 bis 42 NKomVG und nimmt die Pflichtenbelehrung vor. Frau Leister wird verpflichtet, ein Auszug aus dem NKomVG wurde ihr vorher ausgehändigt. Die Verpflichtung wird aktenkundig gemacht.

4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.06.2025

Die Verwaltung merkt an, dass die Protokollnotiz, wonach Herr Rau der Sitzung beitrifft, nicht bei TOP 3.2.2, sondern zu Beginn von TOP 3.2 aufgeführt werden muss.

Herr Paruszewski weist auf ein Missverständnis bei TOP 3.2.1 hin. Er habe angeregt, dass für den Rudolfplatz eine ähnliche Lösung wie für die Querung Celler Straße geprüft wird, nicht umgekehrt.

Herr Rau erinnert an eine ausstehende Antwort der Verwaltung zum Thema "Millenium" sowie zu den Kosten für die Leihfahrräder (z. B. Sondernutzungsgebühren).

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Juni 2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 dafür 0 dagegen 3 Enthaltungen

5. Mitteilungen

5.1. Bezirksbürgermeister/in

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella trägt keine Mitteilungen vor.

5.2. Verwaltung

Die Verwaltung berichtet über die zwischen Sitzungen ergangenen Kurzmitteilungen und Mitteilungen außerhalb von Sitzungen:

04.06.25: Bescheid - Holi-Festival Braunschweig

05.06.25: Nachfragen von Hrn. Glaser - Holi-Festival

12.06.25: Nutzungsüberlassung - Open Air im Raffteichbad

12.06.25: Schreiben der SE|BS - Abwasseranlage Sophienstraße

13.06.25: Antwort der Verwaltung - Nachfragen zum Bescheid Holi-Festival

13.06.25: Antwort der Verwaltung / Einwohnerfrage vom 03.06.2025 - Hr. Prof. Ackermann
 17.06.25: Antwort der Verwaltung / Nachfragen zur Kanalsanierung in der Sophienstraße - Hr. Glaser
 19.09.25: Nutzungsüberlassung - Open Air im Raffteichbad
 20.06.25: Antwort der Verwaltung / Einwohnerfrage vom 03.06.2025 - Hr. Bahl
 23.06.25: Stellungnahme der Verwaltung - Entwicklung der Geschwindigkeitsüberwachung 2024
 01.07.25: Bescheid - School's Out Festival 2025
 01.07.25: Bescheid - Out for Summer
 09.07.25: Nutzungsüberlassung - Streetball on Tour Parkjam
 09.07.25: Bescheid - Rundgang der HBK Braunschweig
 22.07.25: Sachstand zur Umsetzung SBR-finanzierter Maßnahmen 2023 und 2024
 22.07.25: Antwort der Verwaltung / Einwohnerfrage vom 11.03.2025 - Hr. Ochmann
 22.07.25: Stellungnahme der Verwaltung - Weitere Nachfragen zur Geschwindigkeitsüberwachung 2024
 22.07.25: Einladung zum Sommerempfang 2025
 25.07.25: Ladepunkte für Elektrofahrzeuge, 2. Quartal 2025
 31.07.25: Bescheid - Kultur im Zelt
 31.07.25: Bescheid - Beats aus'm Kiez
 01.08.25: Bescheid und Nutzungsüberlassung - Deep del Sol
 06.08.25: Bürgeranliegen zur Calvördestraße - Hr. Behrens
 11.08.25: Nutzungsüberlassung - Ringgleisfest
 13.08.25: Nutzungsüberlassung - Flohmarkt am Westbahnhof
 14.08.25: Nutzungsüberlassung - Highland Games
 19.08.25: Einweihung des Spiel- und Jugendplatzes Hohestieg / Martinifriedhof am 02.09.2025
 20.08.25: Bescheid - Firmenlauf
 20.08.25: Eröffnung des neugestalteten Spiel- und Jugendplatzes Hohestieg / Martinifriedhof

17.06.25: Erneuerung des Piktogramms an der Sidonienstraße / Königsstieg; DS 25-25337-01
 25.06.25: Sachstand Fernwärmeplanung Westliches Ringgebiet; DS 25-25877-02
 31.07.25: Einbahnstraßenregelung Calvördestraße - Zwischenbericht; DS 25-26154
 01.08.25: Frühzeitige Information des Stadtbezirksrates über geplante Baumfällungen; DS 25-25849-01
 04.08.25: Erfahrungsbericht zur Park- und Grünanlagensatzung; DS 25-26170
 19.08.25: Änderung des Berichtszeitraums für den Kompaktbericht zum Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“; DS 25-26315
 25.08.25: Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Übersicht; DS 25-26344
 26.08.25: 16. Kompaktbericht Stadtbahnausbau; DS 25-26316

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella merkt zur Mitteilung 'Einbahnstraßenregelung Calvördestraße' an, dass die Mitteilung wenig aussagekräftig ist. Die weitere Evaluation bleibe abzuwarten. Sie verweist auf ein positives Feedback vom Verkehrsclub Braunschweig.

5.2.1. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) 2025 25-26178

Herr Hillger führt aus, dass perspektivisch durch einen Haushaltsantrag oder einen Antrag der Wunsch geäußert werden solle, den Gebhard-von-Bortfelde-Weg zu sanieren. Er gibt an, dass die Finanzierung dieser Maßnahme wahrscheinlich nicht mehr aus den vorhandenen Mitteln erfolgen könne.

Frau Sewella dankt Herrn Hillger und ergänzt, dass die Planungen der Stadt für den Weg bereits abgeschlossen seien. Es müsse nun sichergestellt werden, dass die Finanzierung in die Wege geleitet werde. Die Hälfte der Arbeit sei bereits erledigt, und es sei wünschens-

wert, die Umsetzung bald zu realisieren. Es müsse geprüft werden, wie dies im nächsten Haushalt untergebracht werden könne, um einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Glaser betont, dass es von großer Bedeutung sei, gegenüber der Stadt stark zu argumentieren. Er habe sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen gewehrt, dass das Millionenprojekt, welches die Pflichtaufgabe der Stadt zur Instandsetzung der Obdachlosenunterkunft darstelle, mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert werde. Aufgrund der entsprechenden Mehrheitsbeschlüsse seien mehrere Hunderttausend Euro ausgegeben worden. Herr Glaser äußert, dass es nun nicht mehr möglich sei, andere, sinnvollere Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ umzusetzen. Dies solle ein wesentliches Argument sein, wenn der Antrag gestellt werde, dass die Sanierung des Gebhard-von-Bortfelde-Weg aus städtischen Mitteln erfolgen solle.

Frau Sewella führt aus, dass ein gemeinsamer Antrag des Bezirksrates stets die sinnvollste Vorgehensweise sei, insbesondere wenn alle geschlossen hinter dem Antrag stünden.

Herr Glaser führt aus, dass die Verwaltung im Sanierungsbeirat aufgefordert wurde, die Ausbaupläne in den Sanierungsbeirat und anschließend auch in den Bezirksrat einzubringen, damit über die Ausbaupläne beschlossen werden kann und signalisiert wird, dass dies die gewünschte Vorgehensweise ist.

5.2.2. Besondere Bäume zur Ausweisung als Naturdenkmal

25-26182

Frau Grumbach-Raasch bittet darum, dass die Verwaltung prüfen möge, inwieweit auf den historischen Friedhöfen der Stadt geeignete Bäume vorhanden sind und nennt exemplarisch die Friedhöfe an der Goslarschen Straße, der Broitzemer Straße und der Juliusstraße. Zudem sollte die Geeignetheit der Bäume auf dem Holwede-Areal geprüft werden.

Frau Johannes bittet darum, bei künftigen Aufstellungen die Übersichtlichkeit bezüglich der Standorte neuer Naturdenkmäler zu verbessern.

Frau Beckner regt an, dass auch Ensembles von Bäumen berücksichtigt werden sollten.

5.2.3. Eröffnung des neugestalteten Spiel- und Jugendplatzes Hohe- stieg/Martinifriedhof

25-26371

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.4. Bauliche Entwicklung im Bereich Neustadtring/Hermannstraße - aktueller Sachstand

25-25933

Frau Grumbach-Raasch führt aus, dass alle Entwicklungen in dem betreffenden Gebiet proaktiv eingefordert werden mussten, um Informationen für den Bezirksrat zu erhalten. Hinsichtlich der baulichen Entwicklung sei ein Bebauungsplan (B-Plan) zugesagt worden. Im Jahr 2023 habe es einen Aufstellungsbeschluss sowie eine Veränderungssperre gegeben. Der B-Plan sei jedoch bislang nicht umgesetzt worden, und die Veränderungssperre sei zum 13. Juli ausgelaufen. Es sei angedacht gewesen, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Investor abzuschließen, der unter anderem einen Spielplatz und eine Durchwegung mit Grünflächen umfassen sollte. Die Verwaltung habe Gespräche mit dem Investor aufgenommen, um eine zusätzliche Sicherung von sozialem Wohnraum zu erreichen. Die Fraktion B90/Grüne möchte wissen, was die Verwaltung erreicht habe und wie der aktuelle Sachstand sei, da der Vertrag nicht zustande gekommen sei und der Investor nun das Recht habe, gemäß § 34 ohne Bebauungsplan zu bauen. Zudem sei angeblich die Verlängerung der Veränderungssperre nicht nötig, da die Defizite der öffentlichen Infrastruktur abgenommen hätten. Sie fragt, welche Defizite dies seien, was die Ursachen für deren Abnahme seien und welchen Kriterien diese Beurteilung unterliege. Sie weist darauf hin, dass das Eichthal sowie das Eisenvatergelände bereits zweimal als zukünftiges Sanierungsgebiet vorgeschlagen

worden seien. Es sei zudem verwunderlich, dass es in diesem Gebiet keine einzige soziale Einrichtung gebe, während gleichzeitig immer mehr hochpreisige Nachverdichtung stattfinde.

Herr Hillger erklärt, dass er sich dem letzten Punkt anschließen möchte, da dieser seiner Meinung nach sehr allgemein formuliert sei. Er äußert, dass die aktuelle Formulierung im Hinblick auf die Diskussionen der letzten Bezirksratssitzungen bezüglich des nordwestlichen Teils des Ringgebietes vage erscheine. Er stellt die Frage, ob eine Entwicklung drohe, wie sie in Teilen des Eichbals zu beobachten sei, wo ohne Bebauungsplan das Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen nicht mehr greife und z. B. sozialer Wohnungsbau von 30 % nicht mehr zum Tragen kommt.

Herr Glaser führt aus, dass die Frage der Veränderungssperre für den Bebauungsplan von Anfang an umstritten gewesen sei. Er äußert Zweifel, ob diese überhaupt notwendig sei und ob nicht ein anderer Weg hätte eingeschlagen werden können. Nachdem es Diskussionen gegeben habe, habe die Verwaltung Gespräche mit dem Investor über den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages aufgenommen, die immer noch im Gange seien. Viele der vorgebrachten Fragestellungen seien bereits in der Mitteilung beantwortet worden. Er betont, dass diese Gespräche seit mindestens anderthalb Jahren laufen würden und er persönlich mehrfach bei Herrn Schmidbauer nachgefragt habe, wann es weitergehe. Er kritisiert, dass die Verwaltung das Thema schleifen lasse und man schon längst zu einem Abschluss hätte kommen können, wenn die Stadt ihren Wunsch nach Umsetzung des Grundprojekts stärker verfolgt hätte. Die Antwort der Verwaltung, dass man auf eine abschließende Unterlage vom Investor warte, sei für ihn enttäuschend. Er habe diese Antwort zuletzt gehört, als im Rathaus die Ideenvorschläge für die Umgestaltung des Gefängnisstandortes vorgestellt worden seien. Seitdem sei ein weiteres Vierteljahr vergangen, ohne dass nachgehakt worden sei.

Herr Glaser führt weiter aus, dass ein Bebauungsplan die Angelegenheit nicht voranbringen würde. Er betont, dass das Bestehen auf einem Bebauungsplan den Prozess um weitere 3 bis 4 Jahre verzögern könnte. Die Lösung liege seiner Ansicht nach darin, nun endlich den städtebaulichen Vertrag abzuschließen.

Frau Sewella stimmt Herrn Glaser zu. Sie findet es merkwürdig, dass die Veränderungssperre ausgelaufen sei, und betont, dass die Mitglieder des Bezirkrates darüber hätten informiert werden müssen.

Herr Glaser bedauert, dass kein Vertreter der Verwaltung anwesend sei und die Angelegenheit auf eine schriftliche Antwort reduziert worden sei.

Er appelliert an den Bezirksrat, keine zusätzlichen Forderungen zu stellen, die die Umsetzung des Projekts behindern könnten, sondern gemeinsam sicherzustellen, dass es endlich realisiert werde. Er betont die Dringlichkeit von Wohnraum und stellt fest, dass die Bebauungspläne so schlecht gemacht worden seien, dass seit zehn Jahren kein Fortschritt erzielt werde. Herr Glaser weist darauf hin, dass es auch um private Wohnungen gehe und kritisiert, dass anstatt das Projekt von Anfang an positiv zu unterstützen, zunächst formale Hindernisse und eine Veränderungssperre diskutiert worden seien, ohne vorherige Gespräche mit dem Investor.

Frau Johannes erläutert, dass im Bereich des Eisenvatergeländes die damalige Fachbereichsleitung klargestellt habe, dass eine Veränderungssperre eingeführt werde. Diese Maßnahme solle dazu dienen, das Gebiet als Grünfläche zu erhalten, da bereits eine hohe Versiegelung vorliege. Ziel sei es, mehr Grün in diesen Bereich zu bringen, anstatt ihn als Baugebiet zu nutzen. Die Entscheidung der Fachbereichsleitung sei nachvollziehbar dokumentiert. Frau Johannes äußert zudem ihre Unzufriedenheit darüber, dass die Versiegelung bestehen bleibe.

Frau Sewella äußert die Hoffnung, dass die Verwaltung frühzeitig schriftliche Antworten bereitstellen könne oder die Fachverwaltung teilnimmt.

6. Öffentliches Fahrradverleihsystem VELOLEO

6.1. Sachstandsbericht zum öffentlichen Fahrradverleihsystem VE-LOLEO

25-26111

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Niemann (Fachbereich Tiefbau und Verkehr).

Frau Niemann erläutert die Mitteilung.

Herr Rau äußert Kritik daran, dass der Bezirksrat nicht in den Entscheidungsprozess zur Platzierung von Fahrradabstellstationen eingebunden war und kein Mitspracherecht hatte. Zudem hinterfragt er, ob die Betreiberfirma der Stationen eine Sondernutzungsgebühr zahlen muss.

Frau Niemann erklärt, dass angenommen wurde, der Stadtbezirksrat sei durch das Eckpunktetapier informiert worden, räumt jedoch ein, dass eine direkte Information an den Bezirksrat sinnvoll gewesen wäre. Über Pressemitteilungen wurde zweimal informiert. Sie bittet um Hinweise, wenn es zu bestimmten Standorten Probleme gibt. Hinsichtlich der Sondernutzungsgebühren erkundigt sie sich.

Herr Paruszewski vermutet, dass es eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Firma hinsichtlich der Flächennutzung gibt und fragt nach den Handlungsmöglichkeiten der Stadt. Frau Niemann antwortet, dass die Anzahl der Stationen vertraglich festgelegt sei und neue Stationen in Absprache festgelegt würden.

Frau Grumbach-Raasch äußert, dass der Bezirksrat nicht dazu da sei, sich seine Informationen aus der Zeitung zu holen. Sie betont, dass die Stadtverwaltung in Vorleistung gehen solle und bei wichtigen Entscheidungen oder Planungen den Bezirksrat direkt informieren müsse.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella wünscht sich Informationen, vergleichbar mit den Informationen über E-Ladepunkte.

Herr Rau vermutet, dass die Verwaltung die Fahrradabstellanlage bewusst anders als beschlossen auf die andere Seite der Kreuzung Hohe Stieg/Goslarsche Straße positioniert hat, um die Fläche für das Fahrradverleihsystem zu nutzen.

Herr Glaser fragt, ob es eine Strafgebühr bei pflichtwidrigem Abstellen gibt. Frau Niemann bejaht dies. Eine exakte Zentimetererfassung sei jedoch nicht möglich. Sie betont, dass der Dienstleister regelmäßig, im Durchschnitt zweimal pro Woche, jede Station überprüfe, um sicherzustellen, dass die Fahrräder korrekt abgestellt seien. Herr Glaser erkundigt sich, warum das System der Leihfahrräder funktioniere, jedoch nicht das der E-Scooter. Er fragt, weshalb immer wieder die Antwort gegeben werde, dass die Abgabestationen für E-Scooter lediglich als Angebote existieren und es angeblich nicht möglich sei, die Beendigung der Ausleihe über GPS nur in den ausgewiesenen Abgabestationen zu ermöglichen. Frau Sewella erinnert an den beschlossenen Antrag zu dem Thema.

Herr Paruszewski hätte sich eine Tabelle über die Fahrradabstellflächen nach Stadtbezirken aufgeteilt gewünscht.

Herr Rau bittet künftig um eine Information im Vorfeld, wenn Flächen im Stadtbezirk genutzt werden sollen. Dies gelte auch für Carsharing-Plätze.

10. Ausbau Eichthalstraße Ost

23-21086-01

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Niemann (Fachbereich Tiefbau und Verkehr).

Frau Niemann erläutert die Planung anhand einer Grafik. Sie führt aus, dass der Ausbau der Eichtalstraße als Tempo-30-Zone vorgesehen sei.

Herr Rau spricht sich für Variante 2 mit ebenerdigem Ausbau aus, um Fußgängern Vorrang zu geben.

Herr Paruszewski fragt nach dem Grund, warum der nördliche Fußweg nicht an der schmalsten Stelle der Straße endet, wo sich die "Nase" auf der gegenüberliegenden Seite befindet. Frau Niemann erläutert, dass die vorgesehenen Flächen nicht als vorgezogene Aufstellbereiche für Fußgänger, sondern zum Aufstellen von Mülltonnen konzipiert seien.

Auf Nachfrage von Herrn Paruszewski antwortet Frau Niemann, dass die Straße bei der Variante mit dem Verkehrsberuhigten Bereich ebenerdig verläuft und somit auf der gleichen Höhe wie die angrenzenden Grundstücke liegt. Die Mülltonnen könnten dadurch einfach herausgezogen und platziert werden.

Auf Nachfrage von Frau Leister antwortet Frau Niemann, dass Fahrradabstellanlagen auch bei Variante 1 gut integrierbar seien.

Frau Niemann erläutert, dass für die Straße bei beiden Varianten ein Parkverbot angeordnet werden solle. Dies sei notwendig, da die gesamte Straße mit Feuerwehraufstellflächen versehen sei.

Frau Leister sieht in Variante 2 eine fußgängerfreundlichere Gestaltung durch die ebene Fläche und Begrünung. Frau Niemann schätzt, dass in einem verkehrsberuhigten Bereich potenziell mehr Probleme durch zu schnelle Fahrzeuge auftreten könnten.

Herr Hillger spricht sich für die Variante 1 aus, da es sich um ein Mischgebiet handle und dort eine Autowerkstatt existiere.

Frau Weisser-Roelle sieht einen verkehrsberuhigten Bereich an der Stelle als nicht geeignet an.

Herr Glaser äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass ihm mitgeteilt wurde, dass er nicht als Bezirksratsmitglied Leitungsauskunft erhalten könne sondern dass dies immer nur von Privatpersonen für ihren jeweiligen Anliegerbereich angefragt werden können. Er hält dies für unangemessen. Er verweist auf vorherige Fälle, bei denen erst durch Ortstermine festgestellt wurde, dass Leitungen anders verlaufen, als zunächst angenommen. Frau Niemann erläutert, dass es in Einzelfällen sein könne, dass Altleitungen nicht korrekt eingemessen seien und sich die genaue Lage der Leitungen erst mit detaillierter werdender Planung konkretisiere.

Frau Niemann erklärt auf Nachfrage von Herrn Glaser, dass die Fernwärmeleitung nicht erneuert wird. Herr Glaser fragt, ob die Fernwärmeleitung in der Straße oder die Hauptfernwärmeleitung am Ringgleis gemeint ist. Frau Niemann bestätigt, dass es um die Leitung in der Straße geht.

Herr Glaser kritisiert, dass erst nach zwei Jahren eine neue Planung vorgelegt wurde, obwohl der Wunsch nach einem verkehrsberuhigten Ausbau klar war. Er schlägt vor, den Gehweg auf der Nordseite zugunsten einer erweiterten Grünanlage wegzulassen. Zudem fragt er, warum ein hitzeunempfindliches Betonsteinpflaster nicht geprüft wurde, da es ebenso tragfähig wie Asphalt sei. Er hält einen verkehrsberuhigten Ausbau für nicht sinnvoll. Er fordert, dass dem Bezirksrat die Leitungspläne und Feuerwehraufstellflächen gezeigt werden, um die Möglichkeit der Baumpflanzung zu prüfen. Er spricht sich für Variante 1 ohne den nördlichen Gehweg aus.

Frau Niemann stellt die erforderlichen Feuerwehraufstellflächen anhand eines Plans dar. Diese seien in der Planung berücksichtigt. Leitungsauskünfte würden dem Stadtbezirksrat

grundsätzlich nicht zur Verfügung gestellt – bei der Planung aber selbstverständlich als Grundlage berücksichtigt. Frau Leister äußert ihre Verwunderung darüber.

Auf den Hinweis von Frau Beckner, dass Grünflächen durch die Feuerwehr im Bedarfsfall auch befahren werden könnten, führt Frau Niemann aus, dass die Feuerwehr auch gewisse Mindest-Abstände zum Gebäude einhalten muss.

Herr Rau erläutert, dass es sinnvoll sei, die eine Seite als Grünfläche zu gestalten, insbesondere dort, wo keine Fußgänger aus den Häusern kommen. Dies entspreche der Variante 2. Auf der anderen Seite solle ein Bürgersteig vorgesehen werden. Diese Lösung sei aus seiner Sicht am sinnvollsten, da sie ausreichend Grünflächen biete und gleichzeitig die Sicherheit für die Fußgängerinnen und Fußgänger gewährleiste.

Frau Niemann erklärt, dass der aktuelle Stand der Planung lediglich einen Vorentwurf darstelle und detaillierte Betrachtung der Leitungen erst in der Ausführungsplanung vorgenommen wird.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella lässt über die geänderte Variante 1 (ohne nördlichen Gehweg, stattdessen Grünflächen) und anschließend über Variante 2 abstimmen.

Beschluss geändert (Entscheidung gem. § 93 Abs. 1 Satz 3 NKomVG i. V. m. § 16 Abs. 1 Nr. 6 der Hauptsatzung):

„Der Planung und dem Umbau der Eichtalstraße in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird *mit der Änderung* zugestimmt, dass der nördliche Gehweg entfällt und dort stattdessen Grünflächen eingerichtet werden.“

Abstimmungsergebnis:

Geänderte Variante 1: 10 dafür 2 dagegen 2 Enthaltungen

Variante 2: 3 dafür 8 dagegen 3 Enthaltungen

7. Situation rund um das Hospiz

Frau Winter berichtet, dass es rund um das Hospiz Probleme mit teils alkoholisierten Personen und Lärmbelästigung gibt. Es kommt auch zu aggressiven Auseinandersetzungen. Die Hospizbewohner werden durch diese Personen gestört, da sie durch die Fenster schauen und auf die Terrasse gehen. Sie fragt, warum die Stadt die Kosten für die Verschließung des Friedhofs nicht mehr trägt.

Herr Rau spricht sich dafür aus, für die Klientel, die sich abends dort aufhält, konzeptionell geeignete Räume zu finden.

Herr Tomczak (Kontaktbereichsbeamter) sagt auf Bitten von Frau Sewella zu, die Bitte nach einer Statistik über die Vorkommnisse innerhalb der Polizei weiterzugeben.

Frau Grumbach-Raasch, Herr Paruszewski und Herr Glaser sprechen sich für einen Ortstermin aus. Dem Vorschlag folgt der Stadtbezirksrat. An dem Ortstermin sollen der Stadtbezirksrat, die Verwaltung, Vertretende des Hospizes und die Polizei teilnehmen. Der Ortstermin sollte zu der entsprechenden Problemzeit stattfinden.

Frau Sewella regt an zu beschließen, dass die Stadt sich um die Verschließung des Friedhofs kümmern soll und lässt darüber abstimmen (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

8. Städtebauliche Vorhaben Eichtalstraße/Gartenkamp

Frau Sewella erklärt, dass das Thema erneut behandelt werde, sobald eine Fachvertretung der Stadt anwesend ist. Sie habe den Eindruck, dass an verschiedenen Stellen mit unterschiedlichem Maß gemessen werde, da plötzlich ein Aufstellungsbeschluss gefasst werde, während an anderer Stelle eine städtebauliche Maßnahme nicht möglich sei.

9. Anträge

9.1. Grünanlage Görgesstraße zwischen Goslarscher Straße und Alerdsweg; Einrichtung einer Boule-Anlage Antrag der CDU-Fraktion **25-26109**

Herr Glaser bringt den Antrag ein.

Frau Grumbach-Raasch führt aus, dass in der Nähe der Tischtennisplatte ein geeigneter Bereich vorhanden sei, um zusätzliche Sitzbänke aufzustellen.

Herr Paruszewski könnte sich vorstellen, dass auch eine Vorhalteeinrichtung für die Boulekugeln installiert werden könnte, wie er es in anderen Städten schon gesehen hat.

Frau Winter gibt zu bedenken, dass die Bäume die Boulebahn unbespielbar machen könnten. Aus Sicht von Frau Grumbach-Raasch gibt es bei der Tischtennisplatte einen Bereich, in dem der Baumbestand nicht so dicht sei.

Frau Beckner hält es für vertretbar, wenn die Boulespielenden bei Bedarf die Spielfläche selbst fegen.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss (Entscheidung gem. § 93 NKomVG):

In der Grünanlage Görgesstraße wird eine Boule-Anlage mit den Maßen 4 x 10 Metern, umlaufender Tiefbordeinfassung und umlaufenden Plattenweg eingerichtet.

Im Nahbereich der Anlage werden zwei Sitzbänke aus dem Spendenprogramm für Sitzbänke und ein Abfallbehälter mit Flaschenring aufgestellt.

Zur Finanzierung der Anlage und des Abfallbehälters werden 10.000 € aus den Verfügungsmitteln des Bezirksrates bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

13 dafür 0 dagegen 1 Enthaltung

9.2. Mehr Fahrradfreundlichkeit: 100 neue Abstellplätze auf dem Messegelände **25-26258** **Antrag der Fraktion B90/Grüne**

Herr Rau bringt den Antrag ein.

Herr Hillger erachtet die beantragte Anzahl von 100 Abstellplätzen als etwas zu viel. Auf den Hinweis von Herrn Hillger erklärt sich Herr Rau einverstanden, den Antrag um die Örtlichkeit

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Auf dem Messegelände sollen genügend Fahrradabstellflächen mit den dazugehörigen Bügeln - mindestens 100 Stück *an den Eingängen* vorgesehen werden. Diese sollen auf den schon versiegelten Flächen angebracht werden.

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Herr Rau bringt den Antrag ein.

Er stellt den Änderungsantrag, lediglich 50 % Anwohnerparken vorzusehen, so wie es der Stadtbezirksrat auch in der Vergangenheit bereits beschlossen hatte.

Herr Rau weist darauf hin, dass die beantragte Regelung in der Adolfstraße umgesetzt wurde.

Herr Paruszewski merkt an, dass die Anwohner auch in den Abendstunden Gäste empfangen.

Frau Weisser-Roelle weist auf die möglichen Verdrängungseffekte hin, die vollständiges Anwohnerparken mit sich bringen könnte.

Herr Rau erklärt sich mit einer Modifizierung des Antrages auf 50 % einverstanden.

Herr Glaser weist darauf hin, dass bei vollständigem Anwohnerparken alle Anwohner einen Parkausweis beschaffen müssten.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella lässt über den modifizierten Antrag abstimmen.

In der Broitzemer Straße, der Sophienstraße sowie in den dazwischen liegenden Querstraßen sollen ~~alle~~ **Parkplätze 50 % der Parkplätze** analog wie z.B. im Östlichen Ringgebiet in Anwohnerparkplätze von 0:00 Uhr bis 24:00 Uhr umgewandelt werden. In der Zeit von 8:00 bis 18:00 darf mit Parkscheibe bis 2 zu Stunden geparkt werden.

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

**9.4. Errichtung einer Ampelanlage Spinnerstraße / Neustadtring
Antrag der SPD-Fraktion**

25-26307

Herr Hillger bringt den Antrag ein, über den Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella abstimmen lässt.

Beschluss (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

Der Bezirksrat 310 bittet die Verwaltung, die Errichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Neustadtring / Spinnerstraße zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

11. Ideenplattform: Teilentsiegelung der Chemnitzstraße

25-26152

Herr Glaser merkt mit Bezug auf die Möglichkeit, die Entsiegelung aus bezirklichen Mitteln zu finanzieren, an, dass hierfür aus seiner Sicht die Verwaltung zuständig ist.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Entscheidung gem. § 93 Abs. 1 Satz 3 NKomVG i. V. m. § 16 Abs. 1 Nr. 6 der Hauptsatzung):

Die Fläche wird in das Entsiegelungskataster der Stadt Braunschweig aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

12. Verwendung von bezirklichen Haushaltsmitteln

Herr Paruszewski bringt die nachfolgende Anfrage für die SPD-Fraktion ein:

Anfrage Gabelsberger Straße (SPD-Fraktion)

Vor dem Haus Gabelsberger Straße 23 wurde vor ein paar Jahren ein neuer Baum gepflanzt. Die Baumscheibe ist mittlerweile leer.

1. Was ist der Grund, dass dort kein Baum mehr steht?
2. Ist eine Neubepflanzung dort geplant?

Frau Grumbach Raasch verliest die Beschlusstexte, über die Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella abstimmen lässt.

Beschluss (Entscheidung gem. § 93 NKomVG):

1. Neugestaltung der Baumscheiben auf dem Madamenweg

Unabhängig davon, dass Schottergärten inzwischen aus der Zeit gefallen sind, beantragen

wir die Neugestaltung der Baumscheiben auf dem Madamenweg, von der Hohetorbrücke bis zum Altstadttring. Die Baumscheiben wurden mit dem Umbau des Madamenweges umgesetzt und sind inzwischen in die Jahre gekommen. Wir beantragen die Entfernung des Kiesbettes und Neubepflanzung mit Bodendeckern. Und der erste Abschnitt, so dass denn das Geld nicht reichen sollte, wäre von der Hohetorbrücke bis zur Goslarschen Straße.

2. Erneuerung Fußweg Maibaumstraße

Der Fußweg auf der Maibaumstraße (südliche und östliche Seite) ist in einem schlechten Zustand. Wie empfehlen die Sanierung des Weges etappenweise:

-zuerst südlich zwischen Hausnummern 12 und 17 (bis zur Einmündung in die Maienstraße), danach östlich zwischen den Hausnummern 12 und 7 (bis zur Kreuzung Maienstraße).

Für die Maßnahmen steht das Restbudget des Stadtbezirksrat (bis zu einem Rest von 5.000 Euro) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

13. Weitere Anträge

13.1. Barrierefreie und sichere Sicht - Schutz des Überwegs Juliusstraße 2 25-26257 **Antrag der Fraktion B90/Grüne**

Frau Beckner bringt den Antrag ein, über den Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella abstimmen lässt.

Beschluss (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

Die Verwaltung wird beauftragt, in Höhe des Überwegs auf der Juliusstraße, zwischen dem Grundstück Juliusstraße 2 und der Einfahrt auf das Grundstück, eine deutliche Markierung auf der Fahrbahn anzubringen (z. B. weiß schraffierte Fläche), um das Halten und Parken in diesem Bereich zu unterbinden. Ziel ist die Sicherstellung der Sichtbeziehungen für mobilitätseingeschränkte Personen sowie die ungehinderte Ein- und Ausfahrt für Rettungsfahrzeuge, Behindertenbeförderung und andere Anlieferverkehre.

Abstimmungsergebnis:

14 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

13.2. Benennung einer Straße / eines Platzes nach Frau Margot Friedländer 25-26268 **Antrag der Fraktion B90/Grüne**

Frau Grumbach-Raasch bringt den Antrag ein.

Herr Hillger schlägt vor, den betreffenden Ort zu streichen, um mehr Räumlichkeiten für die Möglichkeit der Benennung eines Platzes nach einer bedeutenden Persönlichkeit zu schaffen.

Frau Weisser-Roelle regt an, dass die Verwaltung prüft, ob es im Westlichen Ringgebiet weitere Orte gibt, die einen Bezug zum Nationalsozialismus und den dort begangenen Gräueltaten haben.

Frau Johannes teilt die Ansicht, wonach die Kulturverwaltung prüfen sollte, ob es angemessene Orte für eine Würdigung im Westlichen Ringgebiet gibt.

Frau Sewella merkt an, dass kein anderes und geeigneteres Baugebiet als das Baugebiet "Feldstraße" in Frage kommt.

Herr Hillger stellt den Änderungsantrag (s. Beschluss), über den Frau Sewella abstimmen lässt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella lässt anschließend über den Ursprungsantrag abstimmen.

Änderungsantrag (abgelehnt):

Wir beantragen, *im Westlichen Ringgebiet (auch möglichst bei einem neu entstehenden Baugebiet)* eine Straße bzw. einen Platz nach Frau Margot Friedländer zu benennen. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, welcher Platz bzw. welche Straße hierfür angemessen ist.

Beschluss (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

Wir beantragen, im Baugebiet Feldstraße eine Straße bzw. einen Platz nach Frau Margot Friedländer zu benennen. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, welcher Platz bzw. welche Straße hierfür angemessen ist.

Abstimmungsergebnis:

über Änderungsantrag: 7 dafür 7 dagegen 0 Enthaltungen

über Ursprungsantrag: 13 dafür 0 dagegen 1 Enthaltungen

14. Anfragen

14.1. Grünflächenpflege und Wildkrautentfernung im Westlichen Ringgebiet Anfrage der SPD-Fraktion

25-26306

Herr Johannes bringt die Anfrage ein.

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

- 14.2. E-Scooterstellfläche Neustadtring** **25-26121**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 14.2.1.E-Scooterstellfläche Neustadtring** **25-26121-01**
Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
- Herr Glaser fragt, inwieweit die ausgewiesenen Abstellplätze für E-Scooter tatsächlich eine Ausschlusswirkung haben und für die Beendigung des Mietverhältnisses für den E-Scooter eingehalten werden müssen.
- Auf seine Nachfrage weiß Frau Winter zu berichten, dass die in der App ausgewiesenen Flächen eher als Empfehlung bzw. Angebot zu verstehen sind und keine tatsächliche Wirkung haben.
- 14.3. Umwandlung von Mietwohnungen und Wohnsituation im Westlichen Ringgebiet** **25-26308**
Anfrage der SPD-Fraktion
- Frau Johannes bringt die Anfrage ein.
- Herr Glaser moniert mit Blick auf die Videokonferenz am 19. Juni 2025, dass eine bezirksbezogene Auswertung der bestehenden Ferienwohnungen zur Sitzung zugesagt wurde.
- Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.
- 14.4. Grünanlage Amalienplatz; Erweiterung der Parkverbotszone** **25-26122**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 14.4.1.Grünanlage Amalienplatz; Erweiterung der Parkverbotszone** **25-26122-01**
Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
- 14.5. Entfernter Baum vor der Gabelsberger Straße 23** **25-26309**
Anfrage der SPD-Fraktion
- Herr Paruszewski bringt die Anfrage ein.
- Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.
- 14.6. Veloroute West** **25-25567**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 14.6.1.Veloroute West** **25-25567-01**
Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
- Herr Glaser fragt, welche Kostenbetrachtungen für die verschiedenen Varianten vorgenommen worden seien. Der Bezirksrat müsse über die Größenordnungen informiert werden.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung um 21:47 Uhr. Der nichtöffentliche Teil wird nicht eröffnet.

gez.

Sabine Sewella
Bezirksbürgermeisterin

gez.

Marius Beddig
Protokollführung